

Beschlussvorlage

 zur Behandlung in **öffentlicher Sitzung**
Betreff
Häfen und Güterverkehr Köln AG - Modifizierung der Satzung
Beschlussorgan

Rat

Beratungsfolge	Abstimmungsergebnis						
	Datum/ Top	zugestimmt Änderungen s. Anlage Nr.	abge- lehnt	zu- rück- ge- stellt	verwiesen in	ein- stim- mig	mehr- heitlich gegen
Gremium							
Finanzausschuss	22.11.2010	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	
Rat	25.11.2010	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	

Beschlussvorschlag einschl. Deckungsvorschlag, Alternative

Der Rat erklärt sich mit den in Anlage 1 zu dieser Beschlussvorlage vorgeschlagenen Änderungen der Satzung der Häfen und Güterverkehr Köln AG einverstanden und beauftragt den Vertreter der Stadt Köln in der Hauptversammlung der Häfen und Güterverkehr Köln AG, entsprechend zu votieren.

Falls sich aufgrund rechtlicher Beanstandungen durch die Urkundspersonen, die Aufsichtsbehörde oder das Registergericht sowie aus steuerlichen oder aus sonstigen Gründen Änderungen als notwendig und zweckmäßig erweisen, erklärt sich der Rat mit diesen Änderungen einverstanden, sofern hierdurch der wesentliche Inhalt dieses Beschlusses nicht verändert wird.

Haushaltsmäßige Auswirkungen

<input checked="" type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> ja, Kosten der Maßnahme _____ €	Zuschussfähige Maßnahme ggf. Höhe des Zuschusses _____ %	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja _____ €	Jährliche Folgekosten a) Personalkosten b) Sachkosten _____ € _____ €
Jährliche Folgeeinnahmen (Art, Euro) _____		Einsparungen (Euro) _____		

Problemstellung des Beschlussvorschlages, Begründung, ggf. Auswirkungen

Änderungen der gesetzlichen Grundlage zur Beteiligung von Arbeitnehmern sowie Änderungen der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) erfordern eine Anpassung der Satzung der Häfen und Güterverkehr Köln. Die Änderungen sind in der Anlage 1 hervorgehoben dargestellt.

Im Einzelnen:

In § 8 Abs. 2 ist der Begriff Bediensteter weiter gefasst als die Begriffe Beamte und Angestellte. Er entspricht der jetzt gültigen Terminologie der GO NRW. Die Ergänzung „weitere“ dient der sprachlichen Klarstellung. Der Austausch der gesetzlichen Grundlage von Betriebsverfassungsgesetz 1952 in Drittelbeteiligungsgesetz ist die Nachvollziehung der Änderung der gesetzlichen Grundlage zur Beteiligung von Arbeitnehmern im Aufsichtsrat nach dem Drittelbeteiligungsgesetz.

In § 15 Abs. 1 wird mit dem neuen Satz 4 die Änderung des § 108 Abs. 1 Satz 1 Nr. 9 GO NRW durch das Transparenzgesetz NRW umgesetzt. Diese neue Regelung verlangt u.a. die individualisierte Offenlegung von Vorstands- und Aufsichtsratsvergütungen von (mehrheitlich) öffentlichen Unternehmen.

In § 15 Abs. 2 wird dem gesetzlichen Auftrag in § 118 GO NRW Rechnung getragen und das Auskunftsrecht der Stadt Köln hinsichtlich der Aufstellung ihres kommunalen Gesamtabchlusses in der HGK - Satzung verankert.

In § 17 Abs. 2, Satz 2 wird die durch das „GO-Reformgesetz“ vom 09.10.2007 geänderte Formulierung des § 108 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 Buchst. c) GO NRW nachvollzogen. Jahresabschlüsse und Lageberichte müssen nicht mehr ausgelegt, sondern „zur Einsichtnahme verfügbar gehalten“ werden.

Weitere Erläuterungen, Pläne, Übersichten siehe Anlage(n) Nr.